

dem Arzte in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegeben waren.

Dem alten Radikalismus ist es nicht gelungen, seine frühere Machtposition zurückzugewinnen, eine Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen, die im Interesse der Arbeiterbewegung ein Segen sein, kann er nicht wünschen, weil er in der gemeinsamen Aktion in der Minderheit und demnach die Disziplin der Disziplin gebunden wäre.

Die Sozialdemokratie hat also keinen Anlaß, wegen des Wahlrückganges Traubal zu klagen. Sie hat nun notwendig, wie sie es ist, zu tun und ihre grundsätzlichen Anschauungen klar herauszuarbeiten — nicht um den Zweck zu verfechten, sondern um den Arbeitern seinen Grund zu zeigen und damit die Wiederherstellung der Arbeiterbewegung vorzubereiten.

Es muß dem Arbeiter gesagt werden, daß die Sozialdemokratie weder dem Glauben an die sozialistische Zukunft noch den Klassenkampf aufgegeben hat. Nur daß sie eben die vor uns liegende Linie der Entwicklung komplizierter sieht, als die Unabhängigen es tun, und ihr Verhalten danach einrichtet. Dadurch ist sie die Partei desjenigen Teils der Arbeiterklasse geworden, der im feineren Schutze weiter fortgeschritten ist. Der ungeschulte Versuch wird sich mit der Erklärung, daß der Klassenkampf unwirksam ist, nicht mehr für den Sozialismus gewinnen lassen, und die Arbeiter werden sich nicht mehr für die Verwirklichung einer Gesellschaftsform in die andere einlangweiliger Umschichtungsprozess, der durch eine bloße Gewaltsüberwindung nicht entzogen, kann wesentlich gefördert werden kann. Dem ungeschulten Verständnis eine bloße Übergangsfunktion zugeben, ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, und erst der geschulte wird verstehen, daß der wirkliche Sieg nur durch eine vorläufige überwindende Strategie zu erreichen ist, er wird sogar begreifen, daß dem ungeschulten ein weiteres Weiterkommen bleiben wird: daß man sich teilweise auch mit Teilen des Klassenkampfes abgeben und er kann, um dadurch die Position der eigenen Klasse zu festigen und vorzuschieben.

Wahrlich, man muß sich zu einer solchen unverständlichen Politik nicht entschließen, wenn man glaubt, daß die einmalige und endgültige Entscheidung unmittelbar bevorsteht, daß der entscheidende dauerhafte Erfolg über oder allernächst durch einen einzigen Kühnen Schritt zu erreichen ist. Wir haben diesen Glauben nicht, sondern leben noch viel Kampf und harte Arbeit vor uns, eine Kette von Trümpfen und Enttäuschungen, an deren Ende aber auch nach unserer Auffassung von dem Notwendigsten der gesellschaftlichen Entwicklung der endgültige Sieg steht.

Die Zukunft wird zeigen, welche von diesen beiden Anschauungen die richtige ist. Wir haben es uns zur Aufgabe, nach Kräften zu verhindern, daß aus einer solchen Entscheidung der vor uns liegenden Möglichkeiten dem arbeitenden Volk eine abschließende Schwärze erwächst. Die Hoffnung, daß uns das gelingen werde, wird vertriebt durch die Tatsache, daß die Einsicht, die vor uns liegenden Möglichkeiten in ausdauernde Kämpfe warnt, in verschiedenen Abfassungen bis weit in die Unklarheiten vorhanden ist — bis zu dem Kommunisten hinüber!

Will man zu jenem Ziele zurückkehren, das unserer militärisch veränderten Erkenntnis nachsteht, so mag man die Arbeiterbewegung mit einem Heer vergleichen, in dem es sowohl Kavallerie wie Infanterie geben muß. Schlimm ist es nur, wenn die Kavallerie dem Infanterie als einen Feind betrachtet, der sie am Vorwärtsschreiten hindert. Bei diesem Zustand ist die Arbeiterbewegung zum Anschlag. Es muß dem Arbeiter verständlich gemacht werden, daß wir die Infanterie nicht verlassen und daß wir verlangen dürfen, nicht von dem eigenen Heer im Rücken beschossen zu werden, daß schließlich nur einheitliche Führung und Disziplin den Sieg des Ganzen verbürgen.

Wegweiser der Schulreform.

Wir haben bereits auf dem Sammelband im, der vom Institut für die Geschichte und Unterrichts unter dem Titel „Die deutsche Schulreform“ als Handbuch für die Volksschullehrer herausgegeben worden ist, die deutsche Schulreform dem Wege im Lichte der Welt: Die überlieferte deutsche Schulreform im alten Sinne des Wortes hat als eine an der Spitze der alten deutschen Hochschullehrer, der nun wieder einige Tage aus dem alten Schichten der Welt dieses dauernd nützlichen Weges gezogen.

Die Schule soll nicht das Leben bilden, und wie die Bedürfnisse für das Leben sich im Wandel der Zeiten verändern, muß die Schule sich selbst an Veränderungen anpassen können. Gesellschaftliche Schichten dürfen sie nicht ändern, sich fertig festzusetzen. Gesellschaftliche Schichten sollen in der Regel die Gewerbe einer längeren Dauer geben; deshalb muß der innere Schulbetrieb möglichst festgehalten werden von solchen Schichten, und nur seine Grundlagen mit dem äußeren Bau müssen sich verändern, um die Schulwesen zu bewahren vor schwindenden Strömungen und vorübergehenden Schwächen.

Kurt Götze

Wichtig ist unsere Schulen die Notwendigkeit der Eingabe an die Ideen und Ideale und nicht durch die Befreiung der Geschichte das Augenmerk der Schüler auf die großen Momente der Menschheit. Aber wenn der Historiker oder Geograph, der in der Schule der einzelnen Schüler auszuwählen, nicht bereits notwendig gegeben hat im Dienste klügerer Ideale den Willen zu kräftigen — nicht die große Unterweisung der Schüler aufzuheben. Darum ist die erste und notwendige Forderung, die wir im Interesse der Volksschullehrer an die Schule zu stellen haben: die Umwandlung dieser Schule aus einer Stelle individuellen Charakters in eine Stelle sozialer Eingabe, aus einer Stelle theoretischer, intellektueller Einseitigkeit in eine Stelle praktisch-humaner Weltseitigkeit, aus einer Stelle des reinen Erwerbs von Kenntnissen in eine Stelle, die auch sofort zum rechten Gebrauch dieser Kenntnisse anleitet. Diese Umwandlung macht zunächst die Schule zu einer Pflegestätte sozialer Erziehung. Georg Herkenbräuer.

Ein tüchtiger Gärtner wird nur, wer mit starker Kraft des Willens und der Seele bei seinem schönen Beruf ist. Gleichgültig, ob er im Sonnenschein unter Blüten oder im Wintersturm am schauerlichen Garten arbeitet. Der tüchtige Gärtner arbeitet besonders gern im Winter, wenn sein Auge das künftige gesunde Wachstum und Reiben sieht, dem er vorarbeiten darf. Der deutsche Schulmann, der des Volkstums Kraft kennt und an seine Treue glaubt, arbeitet heute mit größtem Eifer und härtester Liebe denn je. Bei dem großen Umgraben und Umpflanzen, das er im deutschen Schulgarten betreibt, wird er einer Doppeltarbeit den freieren und sonnigen Platz einräumen; weiter und tiefer als

Die Gefährten.

Propaganda für die Sozialdemokratie.

Ein Versuch der Regierungsbildung ist mit den Deutschen Nationalen noch gar nicht gemacht worden, da die bürgerlichen Parteien, merkwürdigerweise sogar einschließlich der Deutschen Volkspartei, diese Gesellschaft ablehnen. Anfolgedessen sehen sich die Deutschen Nationalen als Mauerblümchen und fühlen sich schwer gequält durch das Bemühen der Mittelparteien, die Sozialdemokratie irgendwie für die Regierungsbildung zu interessieren. Diese Stimmung kommt in der „Deutschen Tageszeitung“ zu erbittertem Ausdruck. Da heißt es:

Der Mann, dem man im Lande bezweifelt die innere Weisheit dieser Dinge nicht. Er hatte Taten erwartet, Taten auf Grund der Beforderungen von Demokratie und Verfassung. Er sieht endlose Katastrophen, er sieht, daß eine zweifelhafte bürgerliche Mehrheit sich im Schwärze des Angebots müht, sich ein sozialistisches Minderheitsrecht auf den Rücken zu laden und sich zu erheben. Entschlossen ist von der Art, wie die Deutsche Volkspartei allem schnell ihren Anlauf zu praktischer Arbeit unterbrach und auf den Abstieg verzichtete. Entschlossen, mehr noch das Verhalten, zu dem sich Herr Trumborn verpflichtet glaubt. „Ja, kann den Blick nicht von euch wenden“, sagt er zur Sozialdemokratie und wartet im Verein mit den übrigen parlamentarischen Behörden seines „Platzes der Mitte“ auf sie hin wie das Kamäleon auf die Schlange. Das heißt die Sozialdemokratie vollkommen verstanden, heißt den Versuch machen, sie in ihr Gegenteil zurückzuverwandeln. In den letzten Tagen ist durch das Verhalten der Demokratischen Bildungsbürokraten der erwähnten Öffentlichkeit bekannt worden, daß die Sozialdemokratie im Grunde die ungeschulte Partei in Deutschland sei; und die Sozialdemokratie hat diese zugehörige Stärkung ihrer Nachstellung innerlich schmerzhaft eingestrichen.

Rechtlich äußert sich der „Reichsbote“:

Das deutsche Volk verzieht bei den ganzen bisherigen Vertrieben einer Koalitionsbildung vor allen Dingen eines nicht: Wohlstand dabei wie verstanden auf die Reichssozialdemokratie ab, mit ihr trotz ihrer nachdrücklich bekundeten Unabwendigkeit immer wieder, und immer wieder neu verhandelt wird. Der deutsche Wähler bildet sich ein, der Sozialdemokratie mit seinem Stimmzettel eine tüchtige Schlappe beigebracht zu haben. Die Sozialdemokraten aber bemühen sich, der Öffentlichkeit mit allen Mitteln den Glauben an die völlige Unabwendigkeit dieser Partei für die Regierungsbildung beizubringen und ihre Rechtfertigung damit ganz erheblich zu härten. Hermann Müller und Voche lassen sich das ganz gefallen. Es ist die beste und blühende Propaganda, die man für sie machen kann.

Es ist derselbe Verdruß, den das Bürgermädchen im Osterpaziergang zum Ausdruck bringt:

In sich nur hier die schönen Anreden.
Es ist wahrhaftig eine Schmach:
Gesellschaft könnten sie die allerbeste haben
Und laufen diesen Wägen nach!

Ein Küffel für Braunschweig.

Die Unabhängigen sind in der schwierigsten Lage. Im Reich sehen sie „grundlos“ und gleichwohl jede Mitarbeit an der Regierungsbildung ab, schwächen so den sozialistischen Einfluß und setzen eine Regierung der Parteien Hand herbei, da das „geschicklich beizubringen“ eine Schwächung der Koalition bedeute!

In Braunschweig hingegen hat bisher die schärfste Nummer der Unabhängigen geherrscht und der frühere Anarchist Sepp Curke ist ihr dortiger Prophet. Die Landtagswahlen in Braunschweig haben nun die Unabhängigen zwar so stark gemacht, daß sie mit den allen Sozialdemokraten zusammen eine Mehrheit haben, aber ohne sie auch nicht regieren können. Deshalb haben sie seit Wochen mit unseren Genossen verhandelt und sich bitter darüber beklagt, daß diese nicht mit beiden Füßen in eine Koalitionspolitik mit ihnen springen wollten. Selbst das Angebot unserer Genossen, daß die Unabhängigen allein die Regierung bilden

und durch uns wohlwollende Unterstützung erfahren sollen, genügt ihnen nicht.

Um die Sozialdemokraten für die Mitwirkung an ihrer Regierung zu gewinnen, fanden sie sich schließlich zu Zugeständnissen bereit, die wir veröffentlicht haben, und die auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Ablehnung des Leipziger Aktionsprogramms der Partei. Sie erklären es für selbstverständlich, daß die „Republik“ nur durch den Reichstagswillen des Volkes eingeführt werden könne, daß jede Putschaktion von ihnen abgelehnt werde und erklären sich schließlich sogar bereit, im Verkehr mit Sozialdemokraten Recht, Wahrheit und Gerechtigkeit zu lassen.

Dieses Zugeständnis trägt ihnen nun einen enttäuschten Küffel von der Berliner Zentrale ein. In der „Freiheit“ hat Wilhelm Dittmann schon dieser Tage gelächelt und geistreich auseinandergesetzt, daß man in den einzelnen Landtagen Koalitionen eingehen könne, im Reich müßte sie jedoch verpönt bleiben. Jetzt wird — ganz im Widerspruch zu Dittmann — den Braunschweigern zum Vorwurf gemacht, daß sie die Koalition mit den „Rechtssozialisten“ eingegangen sind, insbesondere aber, daß sie sich auf die Innehaltung des Erfurter Programms beschränkt und sich überhaupt zu Zugeständnissen an unsere Genossen bereit erklärt haben. „Wir beteiligen uns“, so heißt es weiter, „an einer sozialistischen Regierung, wenn dadurch eine Machterweiterung für das Proletariat möglich ist, und um die Grundzüge unseres Parteiprogramms in dem möglichsten großen Umfang, den die jeweilige politische Situation zuläßt, zu verwirklichen, nicht aber, um über unsern grundsätzlichen Standpunkt zu verhandeln.“

Das letztere ist zweifellos eine Selbstverständlichkeit und trifft nicht nur für die Unabhängigen zu. Wollen also zwei verschiedene Parteien gemeinsam eine Regierung bilden, so müssen sie wohl oder übel verhandeln, ohne ihren grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben. Auch wir Sozialdemokraten erwarten durch die Teilnahme an der Regierung lediglich eine Machterweiterung für das Proletariat, allerdings nicht nur in Braunschweig, sondern überall, und hatten vor allen Dingen dieses Ziel im Auge, als wir die Beteiligung der Unabhängigen an der Reichsregierung verlangten. Da aber sich der „Reichsbote“ der Unabhängigen ihre proletarischen Anhänger im Stich und sie zogen sich wieder in das bequeme Bett der Opposition zurück.

Weil ihre Braunschweiger Genossen vernünftiger waren, deshalb erhalten sie heute ihren Küffel. Sie mögen sich trösten, denn sie tragen die Schmerzen gemeinsam mit Herr Kurke, der sich von der „Freiheit“ bedrängten lassen muß, daß „ihm noch die geordnete Schulung fehlt“.

Was wir bezahlen müssen.

Daß die wohnsinnigen Belastungsloskosten auch noch künstlich hinaufgetrieben werden, beweist folgende Nachricht aus Kaiserlautern: Hier besteht eine Autokule für die französische Armee, die aber nicht nur für die Ausbildung der für die Truppen notwendigen Fahrer genügt, sondern für die Bedürfnisse der gesamten französischen Armee. Das Stammpersonal zählt 120 bis 150 Köpfe. Die Bedienung dauert drei Monate mit einer vierzehntägigen Pause. Je 30 Offiziere und 800 Mann nehmen teil. Die Belgier machen 300 Morgen besten Ackerlandes im Kreis Gellenkirchen, Bezirk Rachen, zu einem Flugplatz, obgleich auch Wiesen und Heiden vorhanden sind. Dergleichen steht im besetzten Gebiet nicht vereinzelt da.

Zeitungsverbote in Köln. Köln, 19. „Köln. Volksz.“, unsere „Reinische Ztg.“ und drei weitere Zeitungen des besetzten Gebiets sind von der Rheinlandkommission für einige Tage verboten worden, wie es heißt, wegen Artikel gegen die Verwendung schwarzer Truppen in Deutschland.

Stenburg wieder deutsch. Am Donnerstag tritt in der zweiten Zone Schleswig-Holsteins die deutsche Staatsmacht wieder in Kraft. Binnen 14 Tagen wird die neue Grenze gegen Dänemark festgelegt. Beim Abzug des englischen Militärs aus Rönnebiel hielt der Kommandant eine Rede an die deutschen Arbeiter, in der er Deutschland eine gute Zukunft wünschte.

der Entwicklung bewußt einfüßt und so nicht ihren Wert bestimmt — welche Menschenkraft vermochte das? — aber Irrwege meiden, Hemmnisse beseitigen und sozialistische Wege mit Vernunft erfüllen. Anna Siemsen.

Als Luther 1520 in seinem Sendschreiben an den christlichen Adel deutscher Nation von dem christlichen Stande Besserung den aus der kirchlichen Gebundenheit des Mittelalters freigewordenen Menschen für die Werke seines Glaubens auf die weltliche Gesellschaft und deren Ordnung als Stätte schaffensfreudiger Arbeit wies, da trat der größte organisatorische Gedanke, den je ein Mensch hatte, in die Geschichte. Wer konnte voraussehen, daß vierhundert Jahre vergehen mußten, ehe das schwerste Geschick, das sein deutsches Volk treffen konnte, es wieder auf jene Quelle alles Größten, den „inneren“ Menschen, dessen Glaube ein mächtig Ding ist, auch für das Werden seiner Jugend weisen mußte! Carl Göhe.

Rox Weber, der Nachfolger Lujo Brentanos auf dem Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Münchener Universität, ist plötzlich, 58 Jahre alt, verstorben. Ein Forscher rührigen Geistes, der, im Lager der Reichssozialisten beginnend, in allen großen Fragen der letzten Jahrzehnte mitgearbeitet hat, ist mit ihm dahingegangen. Er wurde in Berlin als Sohn des Stadtrats Rox Weber geboren und hat auch hier studiert. Von seinen Arbeiten sind besonders bekannt geworden: „Untersuchungen zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter“ und „die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für Staats- und Privatrecht“. Eines seiner letzten und bedeutendsten Werke, die „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ (1915) bietet eine Typisierung der großen Religionen nach ihrer wirtschaftspsychologischen Bedeutung.

Das Ende des Berichts „Junges Deutschland“. Das „Junge Deutschland“ scheidet mit der Umfassung von Jurell, Kaiser Karl V., am 20. August seine Tätigkeit ab. Das Ende mitten im Aufstieg der jungen Dichtergeneration kann als Eingeständnis gelten, daß der Versuch dieser Wägen trotz der guten Mittel, die in Reinhardts Hause eingesetzt werden konnten, ein verfehlter war. Das Unternehmen war auf fester Grundlage aufgebaut. Man kann nicht ein wackeliges Klotz nach dem Ruch der Zahlungsfähigkeit zusammengestrichenes Publikum zum Richter über Kunstwerke machen, am allerwenigsten über Werte einer noch leuchtenden Kunst.

Die nächste Spielzeit der Reinhardttheater wird am 1. September eröffnet: im Deutschen Theater mit „Rau“, in den Kammertheatern mit „Frühlings Erwachen“, im Großen Schauspielhaus mit „König Roland“, „Danton“.

Der Kampf gegen die Tuberkulose. Der Strassburger Universität wurde von den Soldaten Andreas und Eduard Böhler eine Millionenerkennung angedacht, die der Errichtung eines Labortempels zum Studium der Tuberkulose dienen soll.

Ein berühmter Briefwechsel. Der Briefwechsel mit Karloline von Saxe-Weissenfels, in dem der jetzt in Genu verstorbenen Tochter der Freundin des Komponisten der 18. Sinfonie in Weimar verfaßt worden.

hinter soll ihr Volksschulmann die Wurzeln breiten, frei und mächtig die Seitenäste ins Licht entwickeln können. Neben ihm und mit ihm aus dem Volksgang seine Kraft holend, soll der Volksschulmann aufwachen. . . .

Die Volkshochschule ist uns neu. Sie hat dadurch viel voraus. Auf anderen Schulgebieten müssen wir uns erst mit Schulstufen quälen; was „immer so war“ macht Keinem schwer. Auf dem Gebiet der Volkshochschule ist freie Bahn, Belegen für die positive Arbeit. Und doch bestrafen wir uns! Die Begeisterung allein schafft es nicht, Rossgründungen und schöne Überflüssigkeiten nützen uns nichts. Ruhe, ruhige, nicht von heute auf morgen, sondern auf Jahrzehnte sich erstellende und nicht nach Aufhebung lösende Arbeit braucht der Deutsche, braucht vollends der deutsche Schulmann hier wie überall, und die Ueberzeugung von der Ausnahmehöhe menschlicher Qualitäten. Den Menschen an sie läßt sich kein Volkshochschulmeister rauben, und dieser Mensch wird die deutsche Volkshochschule der Zukunft schaffen. Paul Käpfer.

In der Erziehung zur Sachlichkeit, zur vorurteillosen, gefassten und vollkommenen Eingabe an irgendeine noch so kleine Sache und in der planmäßigen Einordnung in die Verantwortung der eigenen Denkarbeit liegt das Wesen der Hochschulausbildung für den einzelnen. Sie bedeutet für jeden, der überhaupt Erziehungsfähigkeit besitzt, zugleich den höchsten Weg zur Persönlichkeit, was heißt zur Verwirklichung jedes neuen Bildungstoffes mit dem Kern des denkenden und wackenden Individuums. Karl Brondi.

Selbstgemachte Form macht zum Herrn des Lebens. Form zu fassen und Form zu wollen, müssen wir die Jugend lehren. Wir können es, indem wir ihre Sinne pflegen und sie durch eigenes Schaffen für geschultes Leben empfänglich machen. Ludwig Ballat.

Die Frage der gemeinschaftlichen Erziehung ist durchaus nicht zu trennen von der Frage der allgemeinen Umwandlung unserer Schulen in freie Arbeitsgemeinschaften. Solange diese nicht gelöst ist — und sie wird sich nur schrittweise lösen lassen — ist der geborene Weg, nicht äußerlich zu heissen und Sperren zu setzen, sondern auf eine innere Umstellung bei Lehrern, Eltern und Schülern hinzuwirken, hinzuwirken auch auf die Erkenntnis, daß alle diese Einzelfragen der Schulreform Wurzeln in wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Frage der Gemeinschaftserziehung ist nicht zu trennen von der Frage der Stellung der Frau in Beruf, Gesellschaft und Familie. Wir stehen hier zweifellos vor Neubildungen, während Altes zerfällt. Rein gewaltvoller Eingriff kann da viel helfen, sondern nur weitgehendes Bewußtwerden, genaues Beobachten der Entwicklungsrichtungen und unermüdeltes helfendes Eingreifen, damit aus chaotischer, kämpfender Ziellosigkeit endlich menschliche Einsicht erwache, die sich

Stimmt am 20. Juni für die S. P. D.!

Das Gesundheitswesen im neuen Berlin.

Von Karl Roblenger.

Am 20. Juni wird die Wählerschaft darüber entscheiden, ob die auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens in Berlin bereits bestehenden vorzüglichen Einrichtungen nicht nur weiter erhalten, sondern weiter ausgebaut und auf diejenigen Teile des neuen Stadtgebietes ausgedehnt werden können, die solche Einrichtungen bisher nicht besaßen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß nach dem Zusammenschlusse der 94 Gemeinden ein Drängen einsetzt wird, an den Einrichtungen, die Berlin in diese Ehe bringt, auch sofort und möglichst reichlich teilzunehmen zu können.

Daß letzteres ermöglicht wird, liegt zwar im Interesse der ganzen Bevölkerung, vornehmlich aber im Interesse der beschafften Klassen. Sind sie es doch, welche die städtischen Einrichtungen in erster Linie in Anspruch nehmen müssen und die von einsetzenden Epidemien aufs schwerste getroffen werden.

Rettungswesen, Krankenhäuser, Hospitäler, Heimstätten und Irrenanstalten werden, soweit sie städtische Einrichtungen sind, in erster Linie von den weniger bemittelten und beschafften Klassen der Bevölkerung in Anspruch genommen, und es liegt in deren ureigenstem Interesse, daß diese Einrichtungen in ausreichendem Maße vorhanden, gut gelegen, daher leicht erreichbar und so gut eingerichtet sind, daß der damit verbundene Zweck erreicht wird und sie gern in Anspruch genommen werden.

Da ist zunächst das Rettungswesen. Jährer Arbeit der städtischen Behörden, beeinflusst durch das stetige Drängen der Sozialdemokratie, ist es gelungen, bereits im Jahre 1919 wenigstens die größten Teile der kommenden Einheitsgemeinde zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Das Rettungswesen Groß-Berlins verfügt zurzeit bereits über 27 Rettungswachen und 16 an Krankenhäuser angeschlossene Rettungstheken in Groß-Berlin, welche musterhaft eingerichtet sind und in denen Hilfesuchende Tag und Nacht sachgemäße ärztliche Hilfe finden. Der Verband für das Rettungswesen Groß-Berlin verfügt über ein gut eingerichtetes Transportwesen, welches, ausgerüstet mit Automobilen modernster Konstruktion, allen Ansprüchen durchaus gewachsen ist und die Krankenbeförderung zu auch in der heutigen Zeit erträglichen Preisen übernimmt. Eine eigene Fernsprechanstalt, welche zugleich den Zeittennachweis umfaßt, ermöglicht schnelle und sachgemäße Unterbringung der Kranken und schnelle und sichere Hilfeleistung bei größeren Unglücksfällen.

Erhaltung, Ausbau und Ausdehnung dieses Instituts bis in die fernsten Winkel des zukünftigen Berlins ist dringend notwendig und vornehmlich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung erwünscht.

Die Krankenhäuser Berlins sind trotz aller Klagen vorzüglich eingerichtet. Die Voreingenommenheit, gegen welche sie jahrzehntelang haben ankämpfen müssen, schwindet täglich mehr. Tausende und aber Tausende unserer milderbemittelten Mitbürger verdanken ihnen jährlich, jährlich Heilung von schweren Krankheiten. Trotzdem genügen die vorhandenen Einrichtungen immer noch nicht. Und wenn auch in den letzten Jahren die Debatten über die Krankenhausnot nicht mehr so oft und so scharf als früher in der Stadtverordneten-

versammlung einsetzten, so weiß man doch, daß wir plötzlich hereinbrechenden Epidemien immer noch nicht gewachsen sind. Die Sozialdemokratie ist es zu allen Zeiten gewesen, welche stets für den Ausbau dieser Einrichtungen eingetreten ist und welche diesen Standpunkt auch in den kommenden schweren Zeiten vertreten wird.

Der Krankheit folgt die Reformlosigkeit. Zahllose unserer milderbemittelten Einwohner finden in ihrem Heim leider nicht die Möglichkeit, die notwendige Nachkur günstig beeinflussen zu können. Diese Möglichkeiten werden ihnen in den städtischen Heimstätten geboten. Tausenden von stürzungsbedürftigen Kranken war hier in früherer gesunder Luft, bei den Verhältnissen entsprechend, ausreichender Pflege und Beschäftigung Gelegenheit geboten, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wieder zu erhalten.

Den Bedürfnissen der sozial vergrößerten Gemeinde werden die vorhandenen Anstalten nicht genügen. Sie müssen vermehrt und ausgebaut werden. Die Sozialdemokratie, welche sich dieser Dinge bisher stets mit der größten Energie angenommen hat, gibt eine Gewähr dafür, daß dieses auch in Zukunft geschehen wird. Auch den Irrenanstalten, in denen sich wohl das grauigste menschliche Elend verbirgt, ist es dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie gelungen, viel vor dem Schrecken zu nehmen, den dieselben naturgemäß auf die Menschheit ausüben müssen. In unermüdlicher Arbeit ist auf den Ausbau der technischen Einrichtungen und der ärztlichen und pflegerischen Behandlung hingearbeitet worden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Ihn zu vergrößern und auch diese Einrichtungen den Bedürfnissen des größeren Berlins anzupassen, wird auch weiterhin das Bestreben der Sozialdemokraten im Rathause sein.

Alle diese Einrichtungen umfassen aber nicht den Begriff des öffentlichen Gesundheitswesens. Es ist notwendig, alle Vorgänge dauernd zu beobachten, welche geeignet sind, die Gesundheit der Einwohner schädlich zu beeinflussen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Diesen Zwecken dienen die Desinfektionseinrichtungen, das chemische, bakteriologische und das sozialhygienische Amt. Anstaltungen und Uebertragungen müssen verhütet, Nahrungsmittel auf ihre Zusammensetzung und damit auf ihre Nützlichkeit und ihren Nährwert geprüft, alle Mittel zur Stellung einer richtigen Diagnose angewandt werden. Erst dann, wenn alle diese bereits vorhandenen Einrichtungen richtig ausgebaut und auch auf das größere Gemeinwesen ausgedehnt sind, werden wir Fortschritte auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege zu verzeichnen haben. Fortdauernd auszubauen ist die Tätigkeit der Schulärzte, und das Bestreben der Zukunft muß es sein, nicht nur für Ueberwachung und Beratung, sondern auch für Behandlung der bedürftigen Kinder Sorge zu tragen. Alle die vorhandenen Einrichtungen bedanken mehr oder weniger ihre Entstehung der Anregung und dem ständigen Drängen der Sozialdemokratie. Sie zu erweitern und auf das kommende Berlin auszudehnen, wird auch weiterhin das Bestreben der Sozialdemokraten im Stadtparlament sein.

An dem Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege werden künftig außer dem Stadtparlament auch die Bezirksversammlungen beteiligt sein. Ein gut Teil der Arbeit, welche zurzeit noch den Zentralinstanzen obliegt, wird später in die Bezirksämter verlegt werden müssen. — Es gilt also bei den Wahlen am 20. Juni nicht nur in das Stadtparlament, sondern auch in die Bezirksversammlungen Vertreter zu wählen, welche diesen Aufgaben gewachsen sind und den guten Willen haben, dieselben auszuführen. Dieser gute Wille darf sich

aber nicht darauf beschränken, Anträge zu stellen, sondern er muß sich auch für die Beschaffung der Mittel einsetzen, welche nun einmal zur Ausführung notwendig sind.

An der Ausführung ist in erster Linie die Sozialdemokratie interessiert. Bei ihr wird man voraussetzen müssen, daß sie sich aller dieser Dinge auch in Zukunft mit der gewohnten Fähigkeit annehmen wird. Man wird von ihr noch mehr denn früher erwarten müssen, weil sie voraussichtlich auch in den neuzubildenden Stadtparlamenten die Mehrheit haben wird. Leider haben wir es nicht mehr mit der einzigen Sozialdemokratie zu tun, wie sie früher im Rathause bestand, und deren Arbeit infolge dieser Einigkeit so reichlich von Erfolg gekrönt war. Skrupellose Demagogie und Eigensinn einzelner Personen haben die erfolgreiche Arbeit der einheitlichen Fraktion gestört, sie schließlich gespalten, so daß wir heute das seltsame Schauspiel erleben, daß sich zwei ihrem ganzen Wesen nach zusammengehörnde Parteien feindlich gegenüberstehen, sehr zum Schaden der von ihnen vertretenen Kreise der Bevölkerung. Bei der Unabhängigen Sozialdemokratie Phrasentum, unermüdliche Fabrikation von Anträgen, welche lediglich der Agitation dienen und die Zeit in Anspruch nehmen, welche besser nützlicher Arbeit zu widmen wäre, daneben den Wert wirklich guter Anträge wesentlich beeinträchtigen. Freigem Ausweichen jeder Verantwortung in bezug auf die Bewilligung von Mitteln. Der Erfolg ist gewaltige Stärkung der reaktionären Parteien in den Stadtparlamenten, Untergrabung des Vertrauens zur Tätigkeit der Sozialdemokratie und damit Schwächung der eigenen Machtposition.

Ein erschreckendes Beispiel gibt uns der Ausfall der Reichstagswahlen. Die Reaktion ist gewaltig gestärkt, die Zahl der Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie ist gewachsen, trotzdem will sie sich auch weiterhin von jeder Verantwortung drücken und lieber der Reaktion die Regierungsgewalt ausliefern. Das bedeutet einen vollständigen Bankrott der Sozialdemokratie, ein vollständiges Aufgeben der errungenen Vorteile und eine schwere Schädigung der arbeitenden Massen. Ein solcher Zustand darf am 20. Juni nicht herbeigeführt werden. Wer eine solche Bankrottopolitik nicht mitmachen will, wer dafür ist, daß eine Kommunalpolitik getrieben wird, die diejenigen Vorteile, welche die Sozialdemokratie in jahrzehntelangem Ringen für die milderbemittelten Kreise der Bevölkerung errungen hat, dauernd festlegt und sie ständig erweitert, daneben aber auch für eine gesunde Finanzpolitik sorgt, der wähle am 20. Juni 1920 die Liste der Sozialdemokratie.

Groß-Berlin

Was die Straßenbahn sagt.

Unbedeutende Verkehrsabnahme. — Der Spätverkehr wird erweitert. — Der gelbe Wagen und die „verbilligende“ Reflekt.

Da seit der letzten Fahrpreiserhöhung die Meinungen über eine Verkehrsabnahme auf der Großen Berliner Straßenbahn hin und wieder schwanken, haben wir Gelegenheit genommen, Herrn Regierungsrat Nicks von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn über dieses Thema zu befragen. Regierungsrat Nicks äußerte sich folgendermaßen:

Es ist eine weit verbreitete Ansicht, daß die Große Berliner Straßenbahn mit einer so starken Abnahme des fahrenden Publikums

Gegen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Nun wurde es ungewohnter; Eleus entfaltete sich, er wurde großartig. Sie liebängelten und lachten und scherzten. „Als du nach meiner Hand gefaßt hast, war das so weich wie ein Samtpfötchen.“ sagte er. — „Ja, ja, nun fährst du bald wieder in die Stadt und dann kommt du wohl nie mehr hierher.“ sagte Barbros. — „Hältst du mich für so schledt?“ verjehnte Eleus. — „Gast du niemand dort, der dich zurückhält?“ — „Nein. Unter uns gesagt, ich bin nicht verlobt.“ sagte er. — „Doch, das bist du gewiß.“ — „Nein, es ist tatsächlich wahr, was ich sage.“

Sie scherzten und liebängelten lange miteinander, Eleus war ganz verliebt. „Ich werde dir schreiben.“ sagte er. „darf ich das?“ — „Ja.“ antwortete sie. — „Ja, denn ich will nicht kleinlich sein und es nicht ohne Erlaubnis tun!“ Doch plötzlich wurde er eifersüchtig und fragte: „Es heißt, du seiest mit Axel hier verlobt. Ist es so?“ — „Mit ihm, dem Axel?“ sagte sie verächtlich, und das tröstete ihn. — „Er wird sich brennen!“ sagte sie. Dann berante sie ihre Worte, und sie fügte hinzu: „Der Axel ist schon recht. Und er hält eine Zeitung für mich und macht mir sehr oft Geschenke, ich kann nichts anderes sagen.“ — „Gott bewahre mich, er kann in keiner Art ein höchst vorzüglicher und unvergleichlicher Mann sein.“ gab Eleus zu, „aber das ist nun einmal nicht der Kernpunkt.“

Aber bei dem Gedanken an Axel mußte sich Barbros wohl etwas beunruhigt fühlen, sie stand auf und sagte zu Eleus: „Nein, jetzt mußt du gehen, ich muß in den Stall.“

Am nächsten Sonntag ging Eleus bedeutend später als sonst hinunter, und er hatte den Brief selbst mitgenommen. Das war ein Brief. Das Entzücken und Kopfzerbrechen einer ganzen Woche hatte ihn zustande gebracht, ihn ausgedacht! An Fräulein Barbros Briefchen, zwei- bis dreimal habe ich nun das für mich so unaussprechliche Glück gehabt, dich wiederzusehen...

Wenn er nun so spät am Abend ankam, mußte wohl Barbros im Stall fertig sein, ja, sie war vielleicht eben zu Bett gegangen. Doch das schadete nichts, es sagte im Gegenteil gerade gut.

Barbros war jedoch auf und sah in der Gamme. Aber jetzt sah es plötzlich aus, als wolle sie gar nicht mehr zärtlich sein, nein durchaus nicht. Eleus bekam den Eindruck, daß

Axel wohl hinter ihr gewesen sein und sie ermahnt haben mußte. — „Bitte, hier ist der Brief, den ich dir versprochen habe.“ — „Danke!“ sagte sie, indem sie den Brief öffnete und ihn ohne erwiderte Freude las. — „Ich hätte wohl eben- so gut schreiben können wie du!“ sagte sie. — Er war enttäuscht, was hatte sie nur? Und wo war Axel? Fort. Er war dieser törichtesten Sonntagbesuche vielleicht überdrüssig und wollte nicht dabei sein; aber er konnte ja auch eine notwendige Besorgung gehabt haben, so daß er gestern ins Dorf hinuntergegangen war. Fort war er jedenfalls.

Warum sitzt du denn an einem so schönen Abend in der dumpfen Gamme? Komm mit heraus!“ sagte Eleus. — „Ich warte auf Axel.“ antwortete sie. — „Auf Axel? Kommt du nicht ohne den Axel sein?“ — „Doch, aber soll er etwa nichts zu essen haben, wenn er kommt?“

Die Zeit verging, sie war vergebend, die beiden kamen sich nicht näher; Barbros war und blieb launisch. Er versuchte, ihr wieder vom Nachbardorf zu erzählen und vergaß wieder nicht, daß er eine Rede gehalten hatte: „Ich hatte allerdings nicht so besonders viel zu sagen, aber einige waren doch zu Tränen gerührt.“ — „So.“ sagte sie. — „Und an einem Sonntag bin ich in der Kirche gewesen.“ — „Gast du da mit einer angebändelt?“ — „Ob ich mit einer angebändelt habe? Ich war nur dort und hab mich umgesehen. Der Pastor predigte nicht besonders nach meiner unmaßgeblichen Meinung, er hatte keinen guten Vortrag.“

Die Zeit verging.

Was meinst du wohl, was Axel denken wird, wenn er dich so spät hier antrefft?“ sagte Barbros plötzlich. — „Ach, wenn sie ihm einen Schlag verfehlt hätte, hätte er nicht mutloser werden können. Sollte sie denn das leptomat ganz vergessen? War nicht verabredet worden, daß er am heutigen Abend kommen sollte? Er war schwer gekränkt und murmelte: „Ich kann ja wieder gehen!“ — Darüber schien sie sich nicht zu entscheiden. — „Was hab ich dir getan?“ fragte er mit bebenden Lippen. Es schien ihm sehr tief zu gehen, er war in großer Not. — „Mir getan? Ach, du hast mir nichts getan.“ — „Aber, was hast du denn heute abend?“ — „Ich? So- habal! Aber im übrigen kann ich mich nicht darüber wundern wenn Axel böse wird.“ — „Ich werde gehen.“ wiederholte Eleus. Aber sie erschraf wieder nicht darüber, sie machte sich nichts aus ihm, und es war ihr eierlei, daß er da vor ihr sah und mit seinen Gefühlen kämpfte. Oh, sie war eine Canaille!

Nun begann der Kerger in ihm aufzukochen. Zuerst äußerte er ihn in feiner Weise: sie sei wahrlich keine vortheilhafte Repräsentantin für das weibliche Geschlecht. Und als das nichts half — oh, er hätte lieber schweigen und ertragen sollen, sie wurde nur immer schlimmer. Aber er wurde auch nicht besser, sondern sagte: „Wenn ich gewußt hätte, wie du bist, wär' ich heut' abend gar nicht heruntergekommen.“ — „Und was dann?“ verjehnte sie. — „Dann hättest du deinen Stoch, den du da in der Hand hältst, nicht spazieren getragen.“ — O Barbros war in Bergen gewesen, sie konnte spotten, sie hatte auch ordentliche Spazierstöcke gesehen, deshalb konnte sie jetzt so unverschämte fragen, was das für ein gestlicher Regenfirmstoch sei, mit dem er anstolzert komme? — Er ertrag es. „Dann möchtest du wohl auch deine Photographie wieder haben?“ fragte er. — Wenn das nicht wirkte, dann wirkte nichts mehr. Ein Geschenk zurücknehmen, das war das Kerkerste, was man sich im Dehland denken konnte! „Was machst du dir denn daraus?“ antwortete sie ausweichend. — „Gut.“ erklärte er led, „ich werde sie dir sofort zurückschicken. Gib mir nun auch meinen Brief wieder.“

Damit stand er auf.

Yamohl, sie gab ihm den Brief, aber da traten ihr auch die Tränen in die Augen, und ihre Laune schlug plötzlich um. Das Dienstmädchen war gerührt, der Freund verliebte sie, leb' wohl zum letztenmal! „Du brauchst nicht zu gehen.“ sagte sie, „ich mach mir nichts daraus, was Axel glaubt.“ — Aber jetzt wollte er keinen Vorteil ausnützen, und so verabschiedete er sich. „Denn wenn eine Dame so ist wie du, dann absentiere ich mich.“ sagte er.

Langsam wanderte er von der Gamme weg heimwärts, er pfiff und schwang seinen Stoch und tat ganz unbesümmert. Da! Eine kleine Weile nachher kam Barbros auch heraus und rief ihm ein paarmal nach. Yamohl, er blieb stehen, das tat er, aber er war ein beleidigter Löwe. Sie setzte sich ins Heidekraut und schien ihr Benehmen zu bereuen, sie geriet an einem Heidekrautbüschel, und allmählich wurde er wieder vernünftiger, ja, er hat sie sogar noch um einen Kuß, zum letzten Abschied.“ sagte er. — „Nein, das wollte sie nicht.“ — „So sei doch so reizend wie's letztenmal!“ sagte er. Er schwänzelte von allen Seiten um sie herum und ging immer rötlicher drauflos, um womöglich eine Gelegenheit zu erwischen. Aber sie wollte nicht reizend sein, sie erhob sich und da stand sie. Da nickte er nur und ging.

(Fort. folgt.)

nach der Tarifierhöhung zu rechnen habe, daß schließlich eine katastrophale Wendung eintreten könnte. Dies trifft keinesfalls zu. Es müßte nach Einführung des neuen Tarifs mit einer Verkehrsabnahme gerechnet werden, die aber bisher die Erwartungen nicht übertrafen hat. Zwar hat ein geringer Teil des Publikums, das bisher die Straßenbahn für kleinere Fahrten in Anspruch nahm, es jetzt vorzuziehen, zu Fuß zu gehen. Dieser Ausfall ist jedoch so minimal, daß er nicht als eine Abwanderung bezeichnet werden kann, zumal der Verkehr nach wie vor von der Benutzung der Straßenbahn in demselben Umfange Gebrauch machen. (Weil ihnen nichts anders übrig bleibt, D. Red.)

Abgesehen davon, daß auf einigen verkehrreichen Strecken die Wagen auch früher sogar nach 1 Uhr verkehrten, hat sich die Direktion veranlaßt gesehen, den Spätverkehr, allerdings nur auf belebten Strecken, weiter auszuweiten, um den Wünschen des Publikums und namentlich der Gewerbetreibenden, Rechnung zu tragen. Leider ist es wegen des Kohlemangels nicht möglich, den Gesamtverkehr bis in die Nachtstunden auszudehnen!

Daß sich die Erbitterung des Publikums gegen den 70-Pfennig-Tarif noch nicht gelegt hat, geht daraus hervor, daß der Direktor der Vorwürfe gemacht wird, sie leiste sich auf Kosten der Fahrgäste den Luxus, ihre Liebs- und Anhängerwagen gelb anzufärben. Es scheint, daß die gelbe Farbe der Wagen auf das zahlende Publikum ähnlich wirkt, wie das rote Tuch auf den Stier (was nur begreiflich wäre). Es handelt sich aber hier um Wagen, die schon längere Zeit durch die überstarke Abnutzung reparaturbedürftig sind und wobei man statt der bisher üblichen grünen Farbe das augengefährliche Rotgelb angewendet hat. Ferner sind 60 Wagen neu in Betrieb genommen worden, die ebenfalls diese Farbe erhalten haben.

Um nicht immer auf das Portemonnaie des Publikums angewiesen zu sein (N), ist die Direktion vor einiger Zeit bei den maßgebenden Stellen vorstellig geworden, um die Erlaubnis für eine Reklame an den Außenseiten der Trieb- und Anhängerwagen zu erhalten. Diese Erlaubnis ist erteilt worden, so daß schon Aufträge in Höhe von 18 Millionen Mark angenommen sind. Diese Mittel können allerdings für eine Verbilligung der Straßenbahn nicht in Frage, da die Herabsetzung pro Fahrt 2-3 Pfennig ausmachen würde.

(Es müßte jetzt, unserer Ansicht nach, die Aufgabe der Straßenbahn sein, das Reklamewesen so weit auszubauen, daß die dafür eingehenden Mittel tatsächlich zu einer Verbilligung des Fahrpreises beitragen können.)

Die Tarifierhöhung auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn ist gestern ohne irgendwelche Störung im Betrieb oder in der Abfertigung der Reisenden in Kraft getreten. Auch die Reisenden, die sich in der Zeit vor der Tarifierhöhung mit den neuen Preisen für Einzelsfahrkarten, die sich gegen die bisherigen Sätze um 50 Proz. verteuert haben, vertraut gemacht haben, haben die eingetretene Verteuerung nicht allzu schwer empfunden, zumal sie auf der Straßenbahn für eine einfache Fahrt mehr zahlen müssen als in der 3. Klasse eine Fahrt in der dritten Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) kostet. Die ersten Wochenkarten mit den erhöhten Fahrpreisen werden von der kommenden Woche ab ausgegeben. Ihr Wert beträgt auf der Stadt- und Ringbahn nimmere in der ersten Zone 1,90 M., in der zweiten Zone (bis zur 3. Station) 2,60 M., und in der 3. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 3,20 M. Endlich wird noch die Erhöhung für Monatskarten praktisch erst am 1. Juli in die Erscheinung treten, wobei die Monatskartenpreise auf der Stadt- und Ringbahn in der ersten Zone auf 11,70 in der 2. und 7,50 M. in der 3. Klasse, in der zweiten Zone auf 15,00 in der 2. und 10,50 M. in der 3. Klasse und in der dritten Zone auf 19,50 in der 2. und auf 13,70 M. in der 3. Klasse erhöht werden.

Gefilmte Statistik.

In der „Urania“ wurde gestern von einer „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ ein neuer Aufruf zur Unterstützung und Verbesserung der verhängnisvollen Bedeutung des Friedensvertrages für Deutschlands Kohlen- und Energie- und predigt die Notwendigkeit, die Kohlen- und Energie-Produktion zu steigern und die Kohlen- und Energie-Produktion zu steigern und die Kohlen- und Energie-Produktion zu steigern. Der Vortragende Dr. vom Berg versichert, die Liga werde in ihren der wirtschaftlichen und politischen Auffklärung dienenden Filmen sich von jeder Parteipolitik fernhalten. Wir werden sehen, ob sie dieser sehr naheliegenden Versuchung auf die Dauer widerstehen wird. Technisch bietet ein solcher Film eigentlich nichts Neues, aber wenn er (wie beabsichtigt ist) in Kinobios neben den üblichen Liebes-, Detektiv- und Schauergeheimnissen als Beigabe geboten wird, so kann er auf manchen in der Tat als sensationelle Neuheit wirken. Durch Verwendung von allerlei Tricks ist eine höchst lebendige Darstellung von Ergebnissen der Statistik erreicht worden, die auch den widerwilligsten Zahlenfeind fesseln und überzeugen wird. Der Zuschauer muß dieser bildmäßigen Darstellung umso mehr seine Aufmerksamkeit schenken, weil sie ihm nicht fertig vor das Auge kommt, sondern in ihren einzelnen Teilen nach einander entsteht. Bei diesem Verfahren kann Statistik selbst Leuten verständlich werden, denen eine Zahlenvorstellung nicht sagt und die auch den längst üblichen graphischen Hilfsmitteln der Statistik verständnislos gegenüber stehen. Einzelne Triadaten wirken überaus drastisch, zum Beispiel die Hand, die über die Karte Deutschlands hinweggreift nach Oberdeutschens Kohlenkäse greift und durch eine sich darüber legenden Hand „deutsche Abstammung“ zurückgedrängt wird.

Für die Mietsteuer.

Auf der Tagung der Vereinigung Deutscher Wohnungsbauer (vgl. den Bericht im gestrigen Abendblatt) referierte Architekt Heyer-Verein über die geplante Mietsteuer, die von der Nationalversammlung abgelehnt worden ist. Auch er verwarf sie; höchstens als Uebergangsmassnahme für ein Jahr würde er sie billigen. Sie sei kein ausreichendes Mittel zur Deckung der Baukostenzuschüsse, ohne die eine Bautätigkeit heute nicht möglich ist. Die erforderlichen Deckungsbeiträge könnten zurzeit auch durch Anleihen schwerlich aufgebracht werden, wohl aber durch Umlegung auf die schon bestehenden Hausgrundstücke.

Baumeister Adolph Friedenau von der Gesellschaft für soziale Siedlungen und Wohnungsreform entwickelte einen Plan, die Verteuerungsgelder durch Pfandbriefe aufzubringen, wovon 60 Millionen Mark im Deutschen Reich zu erwarten seien. Die schon 1914 vorgeschlagene Mietsteuer sei heute, wo man die Teuerung als ein Uebel von vorübergehender Dauer erkannt hat, nicht mehr zeitgemäß. Sie würde übrigens die Spekulation fördern, weil die hohen Mieten, wenn die Mietsteuer einmal fällt, den Hauswirten bleiben würden.

In der Diskussion ergriff auch Regierungsrat Krüger vom Reichs- und Provinzialministerium das Wort. Die Preisrevolution sei in anderen Ländern ähnlich wie bei uns, und auch die Wohnungsnot sei dort ähnlich groß. In Italien z. B. habe man die Bautätigkeit noch gar nicht wieder in Gang bringen können. Das von Adolph vorgeschlagene Verfahren, zur Aufbringung der Baukostenzuschüsse nicht die Mietsteuervermehrung, sondern die Grundstücksvermehrung auszunutzen und das Mehr für die Allgemeinheit zu beschlagnehmen, sei von der Regierung erzwungen worden. Dieser Weg sei aber nicht gangbar,

da die Flut von Pfandbriefen würde schließlich einen ausreichend ausnahmsfähigen Markt finden. Es bestünde die Absicht, an der Mietsteuer festzuhalten und dem neuen Reichstag einen geänderten Entwurf vorzulegen.

Auch mehrere andere Redner billigten die Mietsteuer, mindestens als Uebergangsmassnahme. Auch die Erweiterung durch eine Wohnungsluzussteuer wurde empfohlen.

Angenommen wurde eine Resolution, die es mit schärfstem Nachdruck als dringende Aufgabe erklärt, die Bautätigkeit schnellstens wieder in Gang zu bringen. Einfachster Weg, rasch die nötigen Gelder zu beschaffen, sei eine Wohnungszugabe in Form einer Steuer. Das ausgebrachte Geld soll vorläufig den Gemeinden zustehen, in denen es aufgebracht wird.

Von einer beantragten Erklärung für grundsätzliche Regelung der gesamten Realverhältnisse wurde einstweilen abgesehen. Diese Frage sei noch nicht hinreichend geklärt.

Wähler der Vororte!

Besucht die heutigen großen

Wählerversammlungen.

Wilmerdorf. 8 Uhr in der Aula der Oberrealschule, Hindenburg-Edo Augustastrasse. Thema: Die Kommunalwahl. Redner: Stadtverordneter Lüdeman, preussischer Finanzminister. Väterfeld. In der Aula des Realgymnasiums, Dralesstr. Thema: Referent: Genosse Heinrich Bahle.

Reinickendorf-West. In der Hartmannsbrauerei, Schornweberstr. 101/104, 7 1/2 Uhr. Thema: Das kommende Groß-Berlin. Referent: Genosse Kreuziger.

Johannisthal. Bei Senfleben, Friedrichstr. 48. Referent: Genosse Adolf Ritter.

Morgen, Donnerstag:

Schöneberg. 7 1/2 Uhr in der Chamissohale am Barbarossaplatz. Es sprechen die Genossen: Kaufmann Herzberg, Inspektor Erdmann, Oberpostkassener Schulz und Ref. Joachim über: Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung, Beamten, Angestellten, Arbeiterrecht im neuen Berlin.

Friedenau. 7 1/2 Uhr im Bürgeraal des Rathauses. Stadtverordnetenvorsteher Czerninski und Gemeindevorordneter Kamrowski werden sprechen über Parteien und Stadtverwaltung im neuen Berlin.

Zehlendorf. 8 Uhr im „Lindenpark“, Zehlendorf, Berliner Straße 8: Öffentliche Versammlung für die Kommunalwähler in Zehlendorf, Nikolassee, Wannsee, Dahlem, Pfanneninsel usw. Genosse Paul Girch über: Groß-Berlin und die kommenden Stadtverordnetenwahlen.

Verständigung ohne das Mieteinigungsamt.

Es kommt vielfach vor, daß eine Mieterpartei im Verhandlungstermin vor dem Mieteinigungsamt über die erfolgte Ladung ihre Verwunderung ausdrückt und erklärt, der Mitwirkung des Mieteinigungsamtes hätte es gar nicht bedurft; wenn der Vermieter unmittelbar mit ihr sich in Verbindung gesetzt hätte, wäre es leicht zu einer Verständigung gekommen. An die Vermieter richtet die Deputation für das Schlichtungswesen daher die dringende Bitte, fortan das Mieteinigungsamt weder Zustimmung zur Kündigung usw. erst anzurufen, nachdem ihre Einigungsversuche mit der Gegenpartei gescheitert sind. Die gleiche Bitte ergeht an die Mieter für die Fälle, in denen sie antragsberechtigt sind. Diese Mithilfe aller Beteiligten ist unerlässlich, um den sehr belasteten Mieteinigungsämtern unnötige Arbeit zu ersparen.

Die Einheitsgewerkschaft der Polizeibeamten.

Auf der Tagung des Reichverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurde gestern, am zweiten Verhandlungstag, der Jahres- und der Kassendienst erörtert und Entscheidung erteilt. Dann referierte Verbandsgeneralsekretär Dr. Franke über die Umformung des Reichsverbandes. Eine Kommission hat einen Satzungsentwurf für die Einheitsgewerkschaft ausgearbeitet, der vorgelegt wurde. Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands bezweckt die Wahrung und Förderung der gemeinsamen beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Polizeibeamten aller Dienstgrade in der deutschen Republik. Die Erörterung parteipolitischer und religiöser Fragen innerhalb des Verbandes ist ausgeschlossen.

Im Prinzip haben sämtliche Verbände mit Ausnahme nur des Verbandes der Kriminalwachmeister, sich zum Eintritt in die Einheitsgewerkschaft bereit erklärt, vor allem auch der Wirtschaftsverband der Sicherheitsbeamten. Die Einzelheiten der Satzungen werden noch durch eine besondere Kommission beraten.

Als Gast war der Berliner Polizeipräsident, Genosse Richter, erschienen. In einer Begrüßungsansprache hob er hervor, daß er mit der Gewerkschaftsbewegung der Polizeibeamten sich von Anfang an einverstanden erklärt habe. Er drückte seine Freude darüber aus, daß die Einheitsgewerkschaft zustande gekommen ist. Wenn in Preußen manches langsamer als anderwärts geht, so liegt das an den Widerständen in der Verwaltung.

Wenn die Forderungen der Polizeibeamten durchgehebt sind, so werde damit nicht nur ihnen, sondern auch dem Vaterlande gedient sein.

Zu Vorliegenden des Reichverbandes wurden gewählt Polizeioberwachmeister Rurche aus der Ordnungspolizei und Oberwachmeister Winkler aus der Sicherheitspolizei.

Eine Berliner Textilmesse? Die Frage: soll eine Textilmesse in Berlin geschaffen werden? war Gegenstand einer vertraulichen Beratung, die im Berliner Stadthaus abgehalten wurde. An der Sitzung, die von der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins einberufen wurde, nahmen Vertreter der Handelskammer, des Magistrats, der in Betracht kommenden kaufmännischen Verbände und der maßgebenden Firmen teil. Der Ausschuss für Ausstellungen, Messen und Kongresse wurde mit der Aufgabe betraut, den Plan, dessen Ausführung ja mit den jüngsten Beschlüssen des Ausschusses- und Komites der deutschen Industrie in Uebereinstimmung ist, weiter zu verfolgen und sich mit allen in Betracht kommenden Kreisen in Verbindung zu setzen.

Berlin für eine halbe Million in der Untergrundbahn gestohlen. Die Angewohnheit, wertvolle Schmuckstücke in leichtfertiger Weise zu verwahren, hatte gestern eine junge Dame aus der Kolonie Brunenwald mit dem Verlust einer wertvollen Perlenkette zu bezahlen. Die Dame festigte vormittags einen Hochballon am Wittenbergplatz, um zu einem Juwelier zu fahren und das Perlenkettchen zur Reparatur zu bringen. Erst später bemerkte sie, daß aus ihrer Rocktasche ihr schwarzes Lederes Lederportemonnaie mit 150 M. Bargeld und ihre Perlenkette darin, die einen Wert von einer halben Million hat, gestohlen worden war. Vermutlich handelt es sich um internationale Taschendiebe, die die junge Dame am Wittenbergplatz beim Lösen der Fahrkarte beobachtet hatten, als sie die Geldbörse herauszog, in der sich auch die Kette befand. Zur Ermittlung der Täter und Wiederbeschaffung der Perlenkette ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen werden im Polizeipräsidium BI 10, Zimmer 76, entgegengenommen.

Ein Schwindlerjodel auf Reisen. „Jodel Rattenburger“ nennt sich ein Schwindler, der mit einem ungewöhnlichen Trick junge

Leute, denen er eine Stellung als Stallburche verspricht, einfängt. Der angebliche Jodel, der sich zuweilen auch Sammler nennt, bestellt dann seine Lehrlinge zu einer bestimmten Zeit nach dem Bahnhof, von dem aus die Reife nach seinem Heimatort angetreten werden soll. Seine angeblichen Lehrlinge bringen in Paletten und Körben ihre Habsgüter mit, auf die es der Schwindler abgesehen hat. Er schickt die jungen Leute dann mit einem Koffer fort und verschwindet, sobald der Burche, der nach Erfüllung seines Auftrages zu ihm nach dem Bahnhof zurückkehren soll, mit dessen ganzer Habe an Zimmerwiedersehen. Täglich fallen schon seit geraumer Zeit dem Gauner zwei bis drei Opfer in die Hände, besonders in Charlottenburg, Wilmersdorf, Hagenpark und vielen anderen Vororten. Der falsche Jodel, auf den die Kriminalpolizei eifrig, aber bisher erfolglos jagt, ist schlau gewachsen und hat schwarzes Haar.

Der Berliner Ratsherr ist zum 1. Oktober d. J. neu zu verpacken. Der jetzige Richter, der den Ratsherr seit 30 Jahren bewirtschaftet, setzt sich zur Ruhe. Mit der Schaffung eines Groß-Berlin dürfte auch der Ratsherr von Groß-Berlin einer neuen Wüste entgegengehen. Der neue Richter hat in den Räumen des Raters eine Wein- und Bierabteilung zu betreiben und außerdem ein Büfett für die Stadtverordneten im Vortraum des Stadtverordneten-Sitzungslokals. Pastusstige müssen sich an die Rathauskommission wenden, die Auskunft erteilt.

Obstruktion der Unabhängigen in Friedrichshagen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen kam es in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung Friedrichshagen. Einen Aufstich gab schon die zum 1. Juli ausgeprochene Kündigung des unabhängigen Gemeindevorsetzers Steuer als Belehner der Gemarkung. Während die Unabhängigen sie als politische Maßregel hinstellten, legte Schöffe Barth eingehend und überzeugend dar, daß davon gar nicht die Rede sein könne. Die Gemeindevertretung verwarf die eingehende Beschlußfassung über diese Angelegenheit. Sie will erst abwarten, was der Schlichtungsausschuss über den Antrag auf Weiterbeschäftigung Baurowski sagt. Dann kam der Fall „Kawrodi“ zur Verhandlung. Eigentlich sind es zwei Fälle. Der des Bureauhilfsarbeiters im Lohnbureau des Gemeindevorstandes und der des Schöffen Kawrodi. Den Reden der Angelegenheit bildest der Papp-Lütlich-Putsch. Kawrodi ist der Führer der Unabhängigen in Friedrichshagen. Seit den bekömmlichen Vorgängen am 20. März war er einige Zeit aus Friedrichshagen verschwunden. Wegen seines Fernbleibens vom Bureauamt im Lohnbureau über die Zeit nach dem 23. März hinaus war zunächst sein Entlassung verfügt worden. Diese habe sich, wie der stellvertretende Gemeindevorsteher am Freitag ausführte, nicht erhalten lassen, nachdem Kawrodi nachträglich die Unmöglichkeit seiner Anwesenheit am 23. März dargelegt hatte. Er sei dann aber zum 20. Juni gekündigt worden, weil seine Stelle inzwischen durch einen Kriegsbefehligen besetzt worden sei und eine andere Stelle nicht bot. Nach einer Diskussion über eine in dieser Angelegenheit eingeleitete Beschwerde lehnte die Gemeindevertretung die Weiterbeschäftigung Kawrowski im Lohnbureau über die Zeit nach dem 1. Juli hinaus ab. Nun der Fall des Schöffen Kawrodi. Auf Antrag des kollegialischen Gemeindevorstandes wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und er vom Amte als Schöffe vorläufig suspendiert. Man ging davon aus, daß er, der dem gemeinsamen Aktionärsklub angehört, entgegen seinem Versprechen, mit für Ruhe und Ordnung zu sorgen, durch sein Verhalten eine gewisse Verwirrung an den Vorkommnissen am 20. März, die die nationalsozialistischen Felden Peters und Genossen ausnützten, das Militär in den Ort hineinzuführen. Der Mutige Ausgang ist bekannt. Die Uebertagung weiterer Degernate an den Schöffen Kawrodi löste dann folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion aus: In Anbetracht, daß gegen Kawrodi ein Strafverfahren schwebt und noch nicht abgeschlossen ist, erhebt die Fraktion Einspruch gegen die Uebertagung weiterer Degernate an den Schöffen R. Genosse Riefe begründete den Einspruch: Mit der Uebertagung neuer Degernate an Kawrodi sei die Fraktion nicht einverstanden, weil noch ein Strafverfahren gegen ihn schwebt und weil die fraktionsmässiger auch persönlich glaubten, daß R. nicht der Mann sei, der in dieser Situation Kommando übernehmen könne. Die Fraktion habe R. persönlich mit für verantwortlich, daß sich bei den Unruhen am 20. März die Vorgänge so abspielten, wie es geschah.

In der Debatte bestritt Kawrodi ein eigenes Verschulden an dem blutigen Ausgang des 20. März. Er behauptete, daß es ihm sogar gelungen sei, in jener Märzwoche Blutvergießen zu verhindern. Schöffe Genosse Barth legte in längeren Ausführungen seine Auffassung dar, daß Kawrodi mit schuld daran sei, das das Militär am 20. März herangeführt wurde. Die Maschinengewehr-Schredschüsse der Degernate am Vormittag des Tages, mit denen die beschleunigte Abgabe der Waffen durch die bürgerlichen Mitglieder der Einwohnerwehr erzwungen werden sollten, haben den Anstoß gegeben.

Die Mehrheit der Gemeindevertretung billigte bei der Abstimmung den Einspruch der Fraktion der S. P. D. gegen die Uebertagung weiterer Degernate an Kawrodi. Darauf erhob sich Riefe (U. S. P.) und verkündete, daß die Unabhängigen den Saal verlassen. Weitere Punkte der Tagesordnung wurden dann ohne die Unabhängigen verhandelt.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Sente, 16. Juni.

- 12. Abt. 7 Uhr Zusammenkunft in den bekannten Lokalen.
- 18. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Pätz, Zitauer Str. 5.
- 21. Abt. 7 Uhr Zahlabend in den Bezirkslokalen.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Bauer, Bergstr. 22. Materialausgabe.
- 45. Abt. 7 1/2 Uhr Abteilungsverammlung in der Schulaula Christianstr. 26/28. Tagesordnung: Die letzten Dahlen und ihre Lehren für die Partei.
- 47. Abt. Versammlung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute.
- 48. Abt. 7 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Grünwald, Komerener Str. 12.

Morgen, 17. Juni.

- 11. und 12. Abt. (Beitrag Schließliches Vor). 7 1/2 Uhr Monatliche Versammlung, Rappeler, Hol, Rappeler Str. 174. Referent: Gen. Gulshilf.
- 25. Abt. 7 Uhr Sitzung der Funktionäre und Parteiführer bei Trümper, Rindlerstr. 2.
- 29. Abt. 7 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Decker, Jagowstr. 5.
- 42. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute und Parteiführer bei Meyer, Panitzstr. 22.
- 46. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Ruch, Wehdingstr. 5.
- 49. Abt. Zahlabend bei Stöder, Jungstr. 29.
- Sozialdemokratischer Verein Reinickendorf-Ost. 7 1/2 Uhr: Versammlung in der Aula der 3. Gemeindevorschule. Tagesordnung: Währungsfrage über die Dahlen.
- Sozialdemokratischer Wahlverein, Rosenhal. 6 Uhr: Jungblattverbreitung vom Restaurant Weidau aus.

Geschäftliche Mitteilungen.

Billigere Preise für Schuhreparaturen. In der Schuhindustrie finden jetzt Uebertreibungen und Betriebsveränderungen in sehr großem Umfange statt. Um wenigstens einem Teil dieser Schuhmacher löbende Arbeit zu schaffen, hat sich die bekannte Schuhmacherei entschlossen, ihre Preise für Schuhreparaturen ganz erheblich herabzusetzen, ohne die Uebertreibungen der Schuhmacher zu erleichtern. Die Uebertreibungen von Reparaturen findet in allen Fällen der Firma Zeller statt. Die Preise sind mit besonderer Sorgfalt bemessen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Donnerstag mittig. Trocken und heiter, nachts kühl, tagüber ziemlich warm, bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Martha.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Judith.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
Gastspiel Werbezirk:
Schrei nach dem Kind.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Talfun.
(Lupu Pick, Vallentin.)

Kleines Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Der Leibarzt.
(Abel, Käte Dorsch.)

Theater des Westens
Max Pallenberg
7 1/2 Uhr: Die goldene Ritterzeit
Großes Schauspielhaus.

Königgrätzer Straße
Theater I. d. A.
Die große Katharina.
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
8 Uhr: Reise in die Mädchenzeit.
Berliner Theater

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
Deutsches Opernhaus

Tosca.
Die Trübne
1 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Erchen Hühnrecht.
Kleines Theater.

Bas Morgenblatt
7 1/2 Uhr: Kesselsche Oper
Eine Ballnacht.

Zwangselquartier.
Metropol-Theater.
Im weißen Rössl

Neues Central-Theater
Neues Opernhaus
Ein seltsamer Fall

Prinzessin Friedl.
Neues Volkstheater
Die 3 Zwillinge

Schauburg
Königgrätzer Str. 121.
1 Uhr: Otto Härtling in
Eine nette Bekanntschaft.

Sehiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: 2 x 2 = 5.
Thalia-Theater

Amor auf Reisen
Th. am Kollendörferplatz
Eine Nacht im Paradies.

Theater I. d. Alt. Jakobstr.
Die verschwundene Pauline.
Wallner-Theater

Rigoletto
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die verschwand. Pauline.

Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise.
Johannstheater.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 8 Uhr:
Der gute Ruf

Der gute Ruf
Donnerstag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Störchenfried.

Theater am Kollendörferpl.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Operettenschlager von Berlin
Eine Nacht im Paradies

Sommer-Theater
"Groß-Berlin"
vorm. Klein, Hasenheide.
Tgl. 8 Uhr:
Försterchristel
Erstkl. Spezialitäten

Theater I. d. Königgrätzer Str.
Sommerpielzeit: Direktion Arthur Schwell.
Sonntags, den 19. Juni 1920, abends 7 Uhr:
Zum ersten Male: 1918

Geständnis
Eine amerikanische Geschichte in 7 Akten nach dem
Original Sidney Garzica von Edward Weibe.
Schauspieler: Lucie Häflich, Ludwig Hartau,
Theodor Weder, Frieda Richard, Elise Wiese,
Dora Schlichter, Graf Selmer, Felix Koffert

Varieté-Café Moritzplatz
Oranienstr. 53-55 Dir. R. Korant
Künstl. Leit. Hellmuth Berndsen. Orchest. Georg Wöhler
Das große Weltstadt-Programm!
Harry Malten Bruno & Trud Gebr. Schäffer
und das große Varieté-Programm!
Jeden 1. und 16. Programmwechsel.
4 1/2-7: Tanz-Vorführungen
8 Neuhäuser-Billiards Likörstube

Rose-Theater.

7 1/2 Uhr:
Schwarzwalddmädel
Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Erchen Hühnrecht.
Der große Erfolg.

Neue Welt
Arnold Scholtz
Hasenheide 108-114
Täglich Konzert
und Vorstellung.

Dienstags, Mittwochs,
Donnerstags u. Sonntags:
Großer Ball.
Die Kaffeeküche
ist täglich geöffnet.
Anfang wochentags 8 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6500.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Möbel
Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
Speisezimmer,
Schlafzimmer,
zusammen Mk. 6750.

Herzlich geleitete, modern

eingetrichtete Heilanstalt für
ambulatorische Behandlung.

Modernes, erprobtes Heilverfahren: Natur-
heilverfahren, Elektro- u. Lichtheilmethoden, die
wissenschaftlich anerkannte u. glänzend be-
währte "Künstl. Höhenstrahlen"-Behandlg.,
Röntgen-Behandlung und -Unterstützung,
Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuter-
kur und Bäder, Sauerstoffkur, homöo-
pathische u. medizino-therapeutische Behand-
lung. - Nachweisbar gute u. dauernde Heil-
erfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und
äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-,
Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden;
Nervenleiden, nervösen Kopfschmerzen,
allgemeiner Nervosität, allgemeiner unruhiger
Abspannung, Jähzorn, Gicht, Rheumatismus;
sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden;
Ektymen, sowie Kinderlähmung; Stoff-
wechselstörungen, Juckkrankheit usw. -
Freiwillige Heilung und mündliche Unter-
stützung früher behandelter und geheilter
Patienten, die Angaben, ob der Behandlung in
unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg be-
handelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Ber-
lin-Weißhof, Weißhofstr. 54. Lungenleiden, Blau-
armut, Nervenschwäche geheilt. - 2. Herr Geo-
rg Heinrich, Baumhüttenweg, Baumhütten-
weg 24, II. Lungenleiden geheilt. - 3. Frau
G. Höder, Köpenick, Köpenicker-Str. 54.
Herz-, Leber- u. Nierenleiden wiederholt ge-
heilt. - 4. Herr A. Grotz, Köpenick, Köpen-
icker-Str. 12. Chronischer Mittel-
ohrenschmerz geheilt. - 5. Frau Gräber, Wei-
ßenhofstr. 10. Sehr schwerer Asthma-
anfall. - 6. Frau M. Jaffe, Berlin, Köpenicker-
Str. 10. I. Rheumatismus geheilt. - 7. Herr
G. Schardt, Gr.-Döberitz, Köpenicker-Str. 10.
Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt er-
folgreich behandelt. - 8. Frau G. Hübner,
Berlin, Köpenicker-Str. 10. Nerven- u. Knochen-
entzündung geheilt. - 9. Frau Bruch,
Pantow, Dammweg 54. Augenleiden in vier
Fällen vollständig geheilt. - 10. Frau G. Herz-
mann, Köpenicker-Str. 10. Glühende
Häutchen nach Blinddarmentzündung geheilt. -
11. Herr G. Müller, Trebbin, Köpenicker-Str. 10.
Von Ansigelentzündung geheilt. - 12. Frau
M. Köttemeyer, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
15 jähriges Herzleiden geheilt. - 13. Herr
M. Kühner, Köpenicker-Str. 10. Anterior-
Kieferverlängerung geheilt. - 14. Frau G. Sagel,
Köpenicker-Str. 10. Bei Drüsenleiden u. Nerven-
störungen u. Nervenleiden geheilt. - 15. Frau
M. Feilich, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
Darmgeschwulst geheilt. - 16. Frau des Herrn
Mittelbach, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
Nagelentzündung geheilt. - 17. Herr
H. Grotz, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
Von Nieren- und Blasenleiden, Wasserleiden,
allgem. großer Schwäche geheilt. - 18. Frau
Kühner, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
Von Blasenleiden geheilt. - 19. Frau
G. Jopp, Berlin-Köpenicker-Str. 10.
Von Nieren-, Blasen-, Herzschwäche und Verstopfung
geheilt. - 20. Herr H. Schlabig, Berlin, Köpenicker-
Str. 10. Von Nervenleiden geheilt; vorher
mit Problem erfolgreich behandelt. - 21. Herr H. Hei-
nig, Köpenicker-Str. 10. Von Nieren-
schwäche, Verstopfung und Nervenleiden
geheilt. - 22. Herr W. Schlabig, Berlin,
Köpenicker-Str. 10. Von Nervenleiden geheilt.
- 23. Herr Grotz, Berlin, Köpenicker-Str. 10.
Von Nierenleiden geheilt. - 24. Frau M.
Kühner, Berlin-Köpenicker-Str. 10. Von
Herzschwäche, Nervenleiden geheilt. -
25. Sohn Paul des Reichhaltigen Herrn Wilhelm
Hoffner, Berlin-Westend, Baumhüttenweg. Von
schwerem Blasenleiden geheilt. (Beim sollte ab-
genommen werden.)

Herzlich geleitete, modern
eingetrichtete Heilanstalt für
ambulatorische Behandlung.

Urbini Tofu
ich mach' nicht viele Worte:
Urbini putzt glänzend jede Ledersorte!



Ich hab' den guten Schmutzputz

In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Was ist

und was will der Sozialismus? 0,60 M.
Kausky und Schönlanke: Grundsätze und For-
derungen der Sozialdemokratie 1,20
Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80
Schulz: Sozialdemokratie und Schule 2,40
Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie 1,20
Beamtenchaft und Sozialdemokratie 0,25
Frauenstimmen zu den Zeitfragen 2,75
Die Frauen und der politische Kampf 1,20
Stamper: Religion ist Privatsache 1,80
Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus 1,80
Bernstein: Wirtschaftswesen u. Wirtschaftsw. in den 6,00
Lassalle: Arbeiterprogramm 2,40
Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Werkzeugmaschinen
neu und gebraucht



Drehbänke mit Lein- u. Zugspindel in verschiedenen Größen
Bohrmaschinen für Kraft- und Fußbetrieb,
Fräsmaschinen, Horizont- u. vertikal und universal,
Revolverbänke in verschiedenen Größen,
Exzenter- und Fraktionspindel-Pressen,
Schraubensautomaten,
Rundschießmaschinen, universal,
Mechanikerbänke und so weiter
verkauft preiswert ab Lager

Felix Kohls, Berlin S 14,
Alte Jakobstr. 66.
Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12073.

Ankauf Brillanten
Juwelen :: Platin :: Gold-Bruch
L. Mull, Leipziger Str. 60/1

Bei Nervosität Bleichsucht Unterernährung
verlangen Sie Ornat's-Broschüre
über Dr. Hoffbauer's ges. gesuch.
Lecithin-Präparate

in Pillen-, Pulverform u. Flüss. Form.
Aus reinstem, dem Hühnerl entzogenem
Nervosität oder Lecithin bestehend, daher
eine natürliche, vollwertige Ergänzung des im
Körper verbrauchten Nervosität.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW.
Amt Ztr. 7192. Leipziger Straße 71 (Dönhofsplatz).

Raucher dank!
ges. gesuch, ermöglicht in
einzig. Tag das Rauch-
geschm. od. teilw. z. unter-
lassen. Amtl. begut-
achtet. Wirkung ver-
bitt. Vollständig un-
schäd. Tgl. Anerkenn. Ausk.
ums. Institut Engestr. 9.
München R. 6. Kapuzinerstr. 9.

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
taucht und jährt höchste Preise
Berlin SW
W. Dieke, Rammelsdammstr. 28

Stellenangebote

Meißner für neu zu
errichtende **Raffinerienfabrik**
gehört. Meißner wird nur auf erstklassige Sachleute,
die imstande sind, die Fabrikation besser Fraktions-
arbeit zu leiten. Offerten unter 16540 an Hg,
Berlin W. 35. 88/1

Farbmacher.
3 bis 4 Fachmänner für Farb-
leisensfabrik können Stellung
erhalten. Offerten sofort an
A/S Drammen, Guldistefabrik,
Drammen, Norwegen.

2 Stufataure
für Rabinarbeiten
suchen
7092D
Carow & Co.,
Rostock.

Chemikalien Großhandlung
sucht baldmöglichst jüngere
perfekte Stenotypistinnen.
Angebote unter O. 54 an
die Hauptexpedition des „Vor-
wärts“. 7092D

Feuerversicherung.
Direktion in Berlin sucht sach-
männlich vorgebildete Herren
oder Damen als Entwerfer,
Kontrollanten, Stenotypisten.
Off. Angebote unter P. 3695
an bef. Ala-Datze & Co., Jerusa-
lerner Str. 11/12. 71-9

Geübte
Kartonnagen-Arbeiterinnen
auf Zigarettenkartons
gegen hohen Lohn gesucht. 7092D

Zigarettenfabrik Wenesti,
Neuenburger Str. 8.

Kriegsanleihe wird mit 84 % in Zahlung genommen.

Jetzt: Niedrige Preise!!!

Reise-Angebot: Sportjacken reizende Farben . . 35,50
Warme, mollige Trikotjacken 51, 68 bis 395
Kunsteide Impr. Mäntel 165, 225
Seidenmäntel 325, 446
Lodenmäntel in Ausführung 346
Lodenkostüme billig.
Modellkostüme 450, 650, 980
Covertcoat-Mäntel . . . 250, 325
Reise-Kostüme 156, 247

Gummimäntel für Damen 425, 560
u. Herren

Pelzmäntel Reise-Ulster Püschmäntel
2400, 4200 152, 275 1200, 1800

Westmann
1. Geschäft: Berlin W,
Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Die Spitzelbriefe.

Die interessantesten Mitteilungen des Kapdixten Rasch haben uns eine beklagliche Zuschrift von Herrn Dr. Anspach eingetragen, der mit dem von Rasch erwähnten Redakteur Dr. A. Identisch ist. Die Zuschrift von Dr. Anspach macht die Spitzelbriefaffäre noch um einiges verwickelter: Herr Anspach schreibt uns:

„Da ich infolge schwerer Erkrankung mit der Redaktion der „Freiheit“ nicht in Verbindung stehe, bitte ich Sie um die Aufnahme der untenstehenden Erklärung. Ich bedauere außerordentlich, daß durch die vorzeitige Veröffentlichung und die ungerichteten Beschuldigungen, die Herr Rasch gegen die Redaktion der „Freiheit“ und insbesondere gegen den Chefredakteur Hilferding gerichtet hat, unsere eingeleitete Untersuchung, die bereits die Möglichkeit ergeben hat, daß die Dokumente aus der Gärtnerschen Spitzelzentrale stammen, schwer gefährdet, wenn nicht ganz unmöglich gemacht worden ist.“

Zur Sache selbst erkläre ich folgendes: Vor etwa zwei Monaten wurden mir etwa 20 Dokumente zur Verfügung gestellt, die die auch vielfach von anderer Seite aufgestellte Behauptung einer engen Verbindung zwischen der Militärkammer und einzelnen linksstehenden Politikern ergaben. Ich übergab, nachdem eine oberflächliche Untersuchung die anscheinende Richtigkeit der Dokumente ergeben hatte, die wesentlichen Schriftstücke pflichtgemäß der „Freiheit“-Redaktion, da mir eine Veröffentlichung trotz meiner Zweifel an der Echtheit aus verschiedenen Gründen bedenklich erschien. Die von der „Freiheit“ eingeleitete Untersuchung mußte zu dem Ergebnis geführt haben, daß ein Teil der Schriftstücke echt sei. Inzwischen habe ich den mir befreundeten Inhaber eines Nachrichtenbureaus und nicht etwa, wie Herr Rasch behauptet, der A. A. P. D. Abschriften resp. Photographien der Dokumente zur Verfügung gestellt, um mit ihm gemeinsam die Echtheit der A. A. P. D. und A. P. D. schwer belastenden Dokumente festzustellen, die Quellen der Fälschung zu erfinden. Es wurde festgestellt, daß ein Teil der aus ganz verschiedenen Quellen stammenden Dokumente anscheinend mit einer Schreibmaschine geschrieben worden waren. Ich wies die Redaktion der „Freiheit“ auf diese Tatsache hin und die Veröffentlichung unterließ. Die mir von Herrn Rasch in seiner Erklärung untergelegte Drohung einer Kündigung und die mir weiter untersehene Erkenntnis von der Unächtheit der Dokumente sind erfindend. Das geht schon daraus hervor, daß ich als Mitarbeiter in keinem Vertragsverhältnis zur „Freiheit“ stehe. Ich halte es heute noch für möglich, daß trotz der Dementis wenigstens die veröffentlichten Schriftstücke echt sind. Die von Herrn Rasch aufgestellte Behauptung, daß die „Freiheit“ wesentlich gefälschte Dokumente veröffentlicht habe, ist jedenfalls frei erfunden.

Jetzt ist die Sache also ganz klar: Anspach erhält Dokumente, deren oberflächliche Untersuchung die „anscheinende Richtigkeit“ ergibt. Er gibt sie an die „Freiheit“, trotzdem er „Zweifel an der Echtheit“ hat. Die „Freiheit“ leitet eine Untersuchung ein, die nach Anspach, „zu dem Ergebnis geführt haben muß“, daß ein Teil echt ist. Anspach selbst oder nimmt ein Nachrichtenbureau zur Hilfe, um die Echtheit zu prüfen. Inzwischen macht er die Freiheit aufmerksam, daß ein Teil unecht ist. Und schließlich veröffentlicht die „Freiheit“ einige von den Briefen, trotzdem Zweifel an ihrer Echtheit bestehen, und gefährdet durch diese vorzeitige Veröffentlichung die ganze Untersuchung, die, um wieder mit Anspach zu reden, „bereits die Möglichkeit ergeben hat“, daß die ganzen Dokumente aus der Gärtnerschen Spitzelzentrale stammen.

Uns scheint die Angelegenheit so verworren wie die ganze unabhängige Politik. Was werden bei diesen Mitteilungen die Spitzelzentrale und die Kapdixten.

Preussische Verfassungsberatung.

Der Verfassungsausschuh der Preussischen Landesversammlung beriet am Dienstag zunächst den Gesetzentwurf über die Vertretung der preussischen Provinzen im Reichsrat. Vor Eintritt in die Verhandlungen stellte Dr. Rosenfeld (N. Soz.) erneut den Antrag, mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahlen nicht in die Beratung der Verfassung einzutreten, sondern die Aufhebung der Landesversammlung herbeizuführen. Der Antrag wurde ohne Debatte gegen die Stimme Dr. Rosenfelds abgelehnt. Bei der Beratung des Gesetzes selbst stellte sich heraus, daß der ursprüngliche Entwurf nicht mehr durchführbar ist.

Die Zahl der Vertreter Preußens im Reichsrat ist durch den Zusammenschluß der thüringischen Staaten auf 22 gesunken. Wenn nach Artikel 63 der Reichsverfassung die Hälfte dieser Stimmen den Vertretern der einzelnen Provinzen zufällt, müßten mehrere Provinzen zu gemeinsamer Vertretung zusammengelagert werden. Außerdem wurde geltend gemacht, daß die Stimmen der Provinzvertreter und die preussischen Staatsstimmen sich gegenseitig aufheben und damit Preußen jeder Vertretung im Reichsrat berauben könnten. Endlich würden in den Provinzen große Unbilligkeiten unterdrückt bleiben, so daß die Provinzvertreter im Reichsrat nur sehr unvollkommen die wirkliche Stimmung der preussischen Bevölkerung wiedergeben würden. Aus allen diesen Gründen beschloß der Ausschuh, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung und beim Reichstag eine Verlängerung der bis zum 11. August 1920 laufenden Frist für die Beratung des Gesetzes nachzusuchen und auf eine Abänderung der Artikel 61, 63 und 168 der Verfassung hinzuwirken. Die Fristverlängerung wurde einstimmig, die Verfassungsänderung mit allen gegen sechs Stimmen desentrums und des Demokraten Dr. Frey gebilligt.

Zum Schluß entspann sich nochmals eine Auseinandersetzung über die Rückwirkung der Reichstagswahlen auf die Landesversammlung. — Abg. Dr. Friedberg (Dem.) gab die Erklärung ab, daß er persönlich ausnahmsweise für die Auflösung der Landesversammlung eintreten würde, wenn die Opposition von rechts und links dies mit äußerster Energie forderte. Gegenwärtig sei aber dazu eine zwingende Veranlassung noch nicht gegeben. Ebenso trat Abg. Heilmann (Soz.) dafür ein, daß man wenigstens den Versuch machen solle, die Verfassung noch zu verabschieden. Demgemäß wurde beschlossen, Mittwoch mit der Beratung der Verfassung zu beginnen.

Weitere amtliche Wahlergebnisse.

Leipzig, 15. Juni. Endgültige Ziffern aus dem Briefkreis Pollsband I: Unabhängige 8877, altlib 851343, Sozialdemokraten 175 722, Unabhängige 255 020, Kommunisten 10 623, Demokraten 64 557, Deutsche Volkspartei 145 569, Zentrum 15 839, Nationaldemokraten 965, Wirtschaftsbund 13 870, Aufbaupartei 36, Deutsch-nationale 187 483.

Die Pfälzer Landtagswahlen.

Speyer, 16. Juni. Nach endgültiger Feststellung erhielten von 828 837 Stimmen Sozialdemokraten 80 308 (4. Sitz), Bayerische Volkspartei 68 200 (4), Demokraten 32 907 (1), Deutsche Volkspartei 104 450 (5), Unabhängige 38 819 (1), Kommunisten 8723 (—).

Die Reichsschulkonferenz.

Aus den Ausschußberatungen.

Die sozialistischen Vertreter auf der Reichsschulkonferenz wußten, was sie taten, als sie gleich zu Beginn der Tagung die Öffentlichkeit auf der Ausschußberatungen beantragten. Es war zu erwarten, daß die Reaktion im Plenum ihre wahren Absichten hinter einigen Scheinentscheidungen an die „neue Zeit“ verbergen würde und daß man in den Ausschußberatungen diese Ziele klarer würde erkennen können. Und so ist es in der Tat geschehen. Namentlich in dem zweiten Ausschuh, der sich mit der wohl grundlegendsten Frage des Schulaufbaues beschäftigte, hat die Reaktion ihre Parole: „Nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt zu Form und Geist der alten Schule!“ mit einer fast erschreckenden Offenheit bekannt.

Da eine feste Fraktionbildung auf der Reichsschulkonferenz — man darf wohl sagen: leider — nicht stattgefunden hat, so war die Zusammenlegung der Ausschüsse mehr oder minder dem Spiel des Zufalles anheimgegeben. So ist es gekommen, daß in diesem grundlegenden Ausschuh der Anspruch auf der vielen Gruppen und Gruppen innerhalb der Bundesländer des alten Bildungsbereichs auf eine Vertretung Berücksichtigung gefunden hat. Dadurch sind hier die Vertreter des neuen Geistes schon rein zahlenmäßig in einer Weise zurückgedrängt, die in gar keinem Verhältnis zu der wirklichen Kräfteverteilung auf der Konferenz steht.

An positive Arbeit für die praktische Gestaltung des neuen Erziehungsideals, was doch der eigentliche Zweck dieses Ausschusses sein sollte, war unter diesen Umständen nicht zu denken. Der Ausschuh legte sich von vornherein auf den Bildungsbegriff der alten Zeit fest und ging von der Voraussetzung einer vierjährigen Grundschule aus, neben der sogar eine Verminderung auf drei Jahre (!) ins Auge gefaßt wurde. Den gesamten fortschrittlichen oder totalen Reformen von Teubert bis zu Hiert fiel unter diesen Umständen nur die wenig beachtenswerte und noch weniger fruchtbare Rolle des Predigers in der Mäule zu. Und sie konnten nur immer wieder auf die „nahe, fast erschütternde Selbstverständlichkeit“ (Hiert) hinweisen, mit der die große Mehrheit der Ausschuhmitglieder die bisherige höhere Schule als die natürliche Voraussetzung für eine „Schulreform“ hinstellen. Man bildete sich sogar ein, in der drei- bis vierjährigen Grundschule die berühmte sogenannte „mittlere (!) Linie“ gefunden zu haben, und glaubte, eine gewisse „Ermittlung“ in der Zielsetzung“ von Binder (als dem Vertreter des Philosophenverbandes) bis zu Oetreich gefunden zu haben. Demgegenüber betonte Lohmann mit Recht, daß der Sache sicherlich nicht gedient würde, wenn man die große Kluft zwischen den beiden Bildungsebenen zu bewahren bestrebt sei. Wenn von einer mittleren Linie überhaupt die Rede sein könnte, so müsse sie mindestens bei der sechs-jährigen Grundschule liegen.

Als zentralen Ausdruck der Gegenständlichkeit der Anschauungen glaubte die demittellnde Richtung innerhalb der Vertreterschaft der höheren Schule die volle Freiheit des Berufs vorzuschlagen zu sollen. Der Gedanke wurde durch Direktor Goldbeck gefaßt, vertreten und Prof. Harnack schloß sich ihm an. Diese „Planmäßigkeit der Versuche“, die den Provinzen oder gar Gemeinden volle Freiheit im Schulaufbau geben

will, würde also das deutsche Schulchaos an die Stelle der deutschen Einheitschule, das pädagogische Chaos neben das konfessionelle setzen. Dem Harnackischen „Fiat experimentum!“ müssen wir aber mit aller Entschiedenheit das Oestreichische „Wir können, denn wir müssen“ entgegenstellen.

Es ist aufs tiefste bedauerlich, daß bei dieser Sachlage gerade die Arbeit des grundlegenden Ausschusses zur völligen Unfruchtbarkeit verurteilt ist, denn es ist wohl keine Frage, daß sich auf den abschließenden Plenarsitzungen eine entschiedene Mehrheit für das neue Bildungsideal und mindestens für eine sechs-jährige Grundschule finden wird. Die Mehrheit dieses Ausschusses aber will oder kann es nicht verstehen, daß

an die Stelle der alten Lernschule die neue Arbeitsschule treten muß.

Der Gehalt der Arbeitsschule wurde zur gleichen Zeit im fünften Ausschuh behandelt, und es dürfte zu den interessantesten Situationen im Plenum führen, wenn man versuchen würde, die gleichfalls grundlegenden Arbeit dieses Ausschusses mit dem Ergebnis der Beratungen des Schulaufbau-Ausschusses auch nur äußerlich in einen Zusammenhang zu bringen. Denn hier im Arbeitsschul-Ausschuh saßen wohl auch Männer und Frauen der verschiedensten Richtungen zusammen, aber samt und sonders doch Leute, die sich mit den hier vorliegenden Problemen bereits innerlich beschäftigt hatten und die sich daher reflexlos zum Gedanken der neuen Arbeitsschule bekennen. Wenn morgen im Einheitschul-Ausschuh die von seinem Schlußentscheidungen beschlossene Beschlüsse bekannt werden, so dürften sie dort helles Entsetzen auslösen. Welch freudiges Befremden zum neuen Geist der Erziehung atmen schon die einleitenden Gedanken dieser Zeitschrift:

Die Möglichkeit des Bestandes einer Volkseinheit hängt ab von der Arbeitsschule in allen Volksschichten. Dies hat zur Voraussetzung, daß weder sich die Arbeit zum Geist der Arbeit finde. Das erstreckt sich auf die unmittelbare Gemeinschaft des Zusammenarbeitens in unmittelbarer Gemeinschaft. Darum muß Arbeit, und zwar unmittelbar am sinnlichen Stoff geübte Arbeit Grundlage der Erziehung sein, und auf allen Stufen muß die Erziehung zu ihr lebendig erhalten werden. Sie muß im Mittelpunkt stehen der Volksschule als der Schule zum Volk, der Einheitschule als der Schule zur Einheit, oder die Forderung zu Punkt 8:

Um die bestehende Schule in die neue Schule umzuwandeln, ist nötig, daß die Arbeit a) in der Form des schaffenden Lernens zum Lehrgrundlage, b) als Berufunterricht zum Lehrfach in allen Schulen werde.

Im Einheitschul-Ausschuh hat Hiert das schöne Wort geprägt: „Bedenken Sie, daß auch jede heutige Allgemeinheit und Durchschneidung einmal ein Mann gewesen ist!“ Und dieses Wort entspricht der Stimmung der in diesem Ausschuh so isolierten Vertreter des neuen Geistes. Die Beschlüsse des Arbeitsschul-Ausschusses beweisen, daß der Gedanke der neuen Schule auch heute schon viel mehr ist als die Meinung einiger weniger, und das Plenum wird diese Ansicht zweifellos bestätigen. Das haben die ersten Plenarsitzungen aus dem Blinden bereits gezeigt.

Verurteilte Menschenräuber.

Wien, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Berliner“.) Vor einiger Zeit war der ungarische Kommunist Bela Schän in Wien von Landknechten, die sich als Gelinnungsgruppen ausgaben, betrunken gemacht, dann im Automobil über die ungarische Grenze geschleppt und von Gorzky-Gendarmen erschlagen worden. Es gelang, die Menschenräuber zu fassen und sie vor das Wiener Schwurgericht zu bringen. Angeklagt waren der ehemalige Oberleutnant Risch und der Oberleutnant Bleich. Die Geschworenen beantworteten die Schuldfrage auf Menschenraub bei Risch mit zehn Ja und zwei Ja, bei dem Bleich mit acht Ja und vier Ja. Die Eventualfrage, ob beide der Verschleppung bei Menschenraub schuldig seien, wurden mit zwölf Ja, die Inspektionsfrage, ob sie dabei das Leben und die Freiheit des Verurteilten bedroht hätten, mit acht Ja und vier Ja beantwortet. Darauf wurde Risch zu drei Jahren und Bleich zu dreieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt; beiden wurden je sechs Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Zarenpflichten? Zarenrechte!

London, 15. Juni. WTB. Vom „Times“ soll Krassin zu verstehen gegeben haben, daß die Moskauer Regierung, falls sie gewonnen werden würde, die altrussische auswärtige Schuld anzuerkennen. Darauf bestehen würde, daß man ihr alle Rechte und Privilegien, wie sie im alten Londoner Vertrag festgelegt seien, ebenfalls zuerkennt. Sie meine damit hauptsächlich jene Teile des Londoner Vertrages, monach Konstantinopel an Russland fallen werde.

Aber sie kann noch mehr meinen. Denn als man sich mit dem Jantismus verband, war von Befreiung der Handelsflotte aber schon gar keine Rede!

Die englische Marine im Schwarzen Meer ist mit strengster Neutralität beauftragt, sie soll den Antikolonialistengeneral Wrangel in keiner Weise unterstützen.

Solen wird als erste Handlung seiner im Entschieden begriffenen neuen Regierung Russland Frieden anbieten.

In Vorpau haben die finnisch-russischen Friedensverhandlungen begonnen.

Deutsch geschmort oder belgisch gebraten. Nach einer Meldung des „Früßler“, „Soir“ sind die Direktoren eines belgischen Steinbruchs in der Umgebung von Namur wegen Lieferung an die deutsche Verwaltung während der Besetzung verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Hätten sie nicht geliefert, so wären sie vermutlich dem deutschen Militarismus verfallen. Sollten sie vielleicht die Produktion ungenutzt liegen lassen? Aber was fragt der Hah, der eben in Antwerpen demonstrierte, nach Recht!

Dr. Rießer hat den Vorstoß im Hansabund wegen Ueberbürdung niedergelegt. Ob nicht vielleicht eine Deutsche Volkspartei die meisten Mitglieder derselben fatal geworden ist, wird nicht gesagt.

Heim will die Verfassung ändern. Der „Völkische Kurier“, das Organ der Partei Heim, erklärt sich nachdrücklich für die Verfassungsänderung in Bayern. Namentlich die Schaffung einer repräsentativen Spitze in der Person eines Staatspräsidenten und zur Einführung einer zweiten Kammer (Ständekammer).

Hubmann durchgefallen. Am Sonntag nachmittag erfolgte in Köln die amtliche Zusammenrechnung der im Wahlkreisverband Rheinland-Süd abgegebenen Stimmen, wobei sich herausstellte, daß dem Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei, das ist der Nationaldemokraten Hubmann, 19 Stimmen an der vordisputierten Zahl fehlten, während die Zentrumspartei ein weiteres Abgeordnetennamendat erhielt. Derselbe Hubmann, ein einflussreicher Arbeiterführer, ist demnach durchgefallen.

Wirtschaft

Die Erziehung zum Käufer.

Wenn man beobachtet, wie Arbeiter und Arbeiterfrauen einkaufen, dann erkennt man deutlich, daß ihnen der Begriff der Wirtschaftlichkeit noch so sehr fremd ist. Für die Händler sind besonders die Arbeiter und Arbeiterfrauen die allerbedenklichsten Kunden, denn sie fragen sehr oft gar nicht erst, was die Ware kostet und sind, namentlich wenn andere Leute dabei sind, von einer ganz außerordentlichen Besonnenheit. Hängt dagegen irgendein Putziger an, sich zu beschweren, dann wächst plötzlich lautenartig der Mut der anderen, dann erfolgen leicht Gewalttakte, die oft ungerichtet sind und die notwendige Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefährden.

Es kommt nicht allein darauf an, daß man ausreißend viel verdient, um die Lebensunterhaltskosten bestreiten zu können, sondern es kommt ebensosehr darauf an, daß man seinen Bedarf so billig als möglich deckt. Der Gewinn der großen Unternehmer kommt meistens nicht aus dem Verkauf, sondern aus dem billigsten und geschicktesten Einkauf. Nun ist das große Publikum allerdings in einer höchst bedauerlichen Lage insofern, als es meistens nicht so ohne weiteres beurteilen kann, ob der Preis mit der Güte der Ware im Einklang steht. Darauf kommt es aber hauptsächlich an. Die erheblich schlechteren Ware steht oft in der äußeren Aufmachung besser aus als die qualitativ erheblich wertvollere. Hieraus erklärt sich die Möglichkeit für das Bestehen einer so großen Schwindelproduktion. Das Publikum läßt sich leicht durch billige Kellampreise anlocken und kauft, weil es beim Kauf die Güte nicht beurteilen kann und erst durch den Schaden klug wird. Das ist der Segen des freien Handels. Es gibt heute noch genügend Leute, die sich scheuen, aus einem Geschäft, ohne etwas gekauft zu haben, wieder hinauszugehen. Das ist unbedingt ein solcher Standpunkt. Jeder Käufer hat das Recht, sich die Ware anzusehen und dort zu kaufen, wo er sie unter Berücksichtigung der Güte für preiswert hält. Eine höfliche Erscheinung ist das Heilichen um den Preis, das in einem wirklich realen Geschäft auch keinen Erfolg haben wird. Die große Bedeutung der Konsumvereine liegt vor allem darin, daß sie den Mitgliedern volle Gewähr für die richtige Preisgestaltung bieten. Leider sind die Konsumvereine bei weitem noch nicht die Unternehmungen, die sie sein könnten, wenn großzügiger geschäftlicher Geist, wie er kaufmännische Großunternehmungen auszeichnet, sie beherrschen würde. Um diese Entwicklung zu fördern, ist eine viel lobhaftere Mitarbeit der Verbraucher notwendig. Sie müssen die Vereine vorwärts drängen, müssen Mitglieder werden, Anregungen geben und sich als wirklich Mitbeteiligte fühlen.

Weiter sinkende Produktpreise.

Erbsen Pfund 1 R. Großhandelspreis.

Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktpreise am 15. Juni: Hafer per 1000 Kilogramm loco 2480 R. ab Bahn, auf Abladung 2320—2360—2240 R. ab Station. Tendenz wachsend. — Namentlich sind folgende Preise ermittelt (alles für 50 Kilogramm ab Station): Erbsen, Viktoria-Erbsen 140 bis 150 R., gelbe und grüne Erbsen 100—125 R., Beluschen 85—95 R., Kernerbohnen 85—95 R., Biden 70—75 R., Lupinen 45—65 R., Serradelle 45—60 R., Wiesenheu, loco, 21—22 R., Stroh, drahtgepreßt, 95—10 R., gebündelt 85—95 R., Trockenstängel 57—68 R., Patent Stiefeln 95—100 R.

Die erste Juniwage der Reichsbank. Der Abschluß zeigt eine Zunahme der Banknoten auf 50,619 Milliarden, der Darlehenslasten auf 12,561 Milliarden, insgesamt 64,210 Milliarden.

